

## Die SED und ihre Mauer - Der Weg vom Penetrations- zum Fluchtverhinderungswall

Wenn man sich der Frage widmet, wie die SED-Führung eigentlich in den 28 Jahren des Bestehens der Mauer mit ihr umgegangen ist und welche Rolle das Grenzregime und die Toten an der Mauer im Denken der SED-Führer spielten, muss man sich natürlich auch der Frage widmen, wie die SED-Führer auf die Idee kommen konnten, ihr Volk einzusperren, und auf wen diese Idee zurückgeht. Der einschlägigen Literatur können wir entnehmen, dass Walter Ulbricht bereits 1952 die Absicht gehabt haben soll, eine Mauer zur Verhinderung der Flucht über Berlin zu errichten. Die Frage ist aber, was Ulbricht 1952 eigentlich genau gefordert hat und welchen Zweck die von ihm beabsichtigte strengere Kontrolle der Grenzen nach West-Berlin hatte.<sup>1</sup>

Folgt man der Literatur, stellt sich der Weg zur Mauer etwa folgendermaßen dar: Die „Maueridee“ für Berlin war letztlich der konsequente Abschluss einer Entwicklung an der innerdeutschen Grenze, die mehr oder weniger bereits 1946 begann, als auf sowjetische Initiative hin die Demarkationslinie per Kontrollratsbeschluss gesperrt wurde. Liest man speziell die Literatur zur Entwicklung der innerdeutschen Grenze und des Grenzregimes, kann man – etwas zugespitzt formuliert – den Eindruck gewinnen, sämtliche Grenzsicherungsmaßnahmen des Ostens seien von Anfang an primär auf die Fluchtverhinderung gerichtet gewesen. Das wird mal mehr, mal weniger explizit vermittelt. Der eine Autor setzt etwas früher, der andere etwas später an, fast alle sind sich jedoch einig, dass sich die Grenzsicherungsmaßnahmen an der Demarkationslinie vom Sommer 1952 primär gegen die Flucht aus der DDR richteten und dass diese Maßnahmen für die SED-Führung das Problem des „Schlupflochs“ Westberlin belassen hätten, das dann „erst“ 1961 mit dem Bau der Mauer habe gestopft werden können.<sup>2</sup> Stellvertretend für viele sei hier Lapp, ein ausgewiesener Kenner der Entwicklung des Grenzregimes, zitiert: „Jeder Staat verfügt über Grenzen, die er mehr oder weniger

---

1 Eine ausführlichere und differenziertere Argumentation findet sich in meinem Aufsatz: Ulbrichts obskures Objekt der Begierde. Korrekturen zum Geschichtsbild von Ulbrichts angeblichen Mauerplänen vom Anfang der 50er Jahre, Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, Nr. 29/2011, S. 26-81. Dort finden sich auch umfangreichere Belege, während in der hier vorgelegten Kurzfassung i.d.R. nur exemplarische Verweise gegeben werden.

2 S. etwa Torsten Diedrich: Die Grenzpolizei der SBZ/DDR (1946-1961), in: Handbuch der bewaffneten Organe, S. 201-223, hier S. 202-206.

überwacht. Im Fokus der Grenzsicherung stehen dabei meist zwei Motive: Man möchte das illegale Eindringen von Fremden verhindern und die Ein- und Ausfuhr von Waren kontrollieren. Anders die DDR: Ihre Grenzsicherungspraxis konzentrierte sich seit Gründung vor allem darauf, die eigenen Bürger einzusperren.“<sup>3</sup>

Schon vor dem Hintergrund, dass über ein Jahrzehnt lang jedes Jahr Menschen in sechsstelliger Größenordnung die DDR verlassen konnten, bis 1961 weit über vier Millionen, ist das eigentlich eine irritierende These. Eine andere Auffassung wird vor allem von ehemaligen Systemträgern vertreten, vom Politbüro bis zu den Grenzoffizieren. Deren Behauptung, die Grenzsicherungsmaßnahmen seit 1946 hätten primär der Abwehr von Schmuggel, Schwarzhandel, Diversion und Sabotage gegolten, 1952 dann auch der militärischen Verteidigung,<sup>4</sup> wird von den meisten Autoren als reine Schutzbehauptung abgetan. Doch ein genauer Blick auf Quellen und Kontext lässt die Behauptungen der einstigen Systemträger etwas weniger abwegig und vorgeschoben dastehen, als sie mit dem Blick zurück erscheinen mögen. Es lassen sich nämlich keinerlei Belege dafür finden, dass die Flucht aus der SBZ/DDR vor 1953 von der SED-Führung überhaupt als *bedrohliches* Problem wahrgenommen wurde.<sup>5</sup> Und auch bis Mitte der 50er Jahre wurde die „Republikflucht“ noch nicht als bedrohlich oder gar existenzgefährdend eingeschätzt. Das Thema wurde zwar zunehmend ernster genommen als in den Jahren zuvor, aber doch letztlich als vorübergehendes Phänomen begriffen.



Abb. 1: Ost-Berlin: Jugendarbeitslosigkeit in Westdeutschland

Die Terrorwelle im Zusammenhang mit der „Schaffung der Grundlagen des Sozialismus“ ab Herbst 1952 jedenfalls muss als eine gezielte Vertreibungsmaßnahme gegen „Klassenfeinde“, alte Nazis, „Diversanten“ und „Saboteure“ und alle, die die SED dafür hielt, begriffen werden und war keinesfalls Ergebnis einer Fehlkalkulation Ulbrichts. Ulbricht wollte die „Feinde“ der neuen Ordnung vertreiben. Er hatte kein Sibirien, wohin also mit den „Feinden“?<sup>6</sup>

- 
- 3 Peter Joachim Lapp: Lizenz zum Töten - Die Grenzsicherung der DDR, *Horch und Guck*, H. 71, 1/2011, S. 4-9, hier S. 4.
  - 4 S. für viele jüngst Heinz Keßler und Fritz Strelitz: *Ohne die Mauer hätte es Krieg gegeben. Zwei Zeitzeugen erinnern sich*, Berlin 2011.
  - 5 Damjan van Melis: "Republikflucht". *Flucht und Auswanderung aus der SBZ/DDR 1945 bis 1961*, München 2006, S. 19-46.
  - 6 Wenige Tage vor dem Mauerbau verwies Ulbricht gegenüber Chruschtschow auf dieses Problem, nämlich über kein Sibirien als Verbannungsort für „Feinde“ zu verfügen. Man müsse sie stattdessen in „Arbeitslager schicken“. Die Variante, sie zur Emigration zu treiben, bestand angesichts der bereits beschlossenen und unmittelbar bevorstehenden radikalen Grenzschießung vorerst nicht mehr so ohne weiteres und hatte sich überdies auf Dauer wegen der Nebenwirkungen als wenig praktikabel erwiesen. S. Gespräch Chruschtschows mit dem Ersten Sekretär der SED, Walter Ulbricht am 1. August 1961, in: Gerhard Wettig: *Chruschtschows Westpolitik 1955 bis 1964*. Bd. 3: *Kulmination der Berlin-Krise (Herbst 1960 bis Herbst 1962)*, München 2011, S. 295-313, hier S. 299



Abb. 2: Ost-Berlin: Rias – Diversion aus dem Westen

Es gibt auch keine Belege dafür, dass die Grenzsicherungsmaßnahmen an der innerdeutschen Demarkationslinie und um Berlin ursprünglich nicht primär der Abwehr von Schmuggel, Schwarzhandel, „Sabotage“ und „Diversion“ dienen sollten, sondern – wie in der einschlägigen Literatur fast durchgehend behauptet – angeblich in erster Linie der Fluchtverhinderung. Dies ist nun allerdings auch nur logisch, denn warum sollte jemand Grenzsicherungsmaßnahmen zur Fluchtverhinderung einführen, wenn er die massenweise Flucht zu der Zeit noch gar nicht als ernsthaftes Problem wahrgenommen hat? Die Grenzsicherungsmaßnahmen vom Sommer 1952 hatten nichts mit der Flucht aus der SBZ/DDR zu tun. Fluchtverhinderung war bestenfalls ein Kollateralnutzen. Es stimmt auch nicht, dass, wie in der Literatur immer wieder behauptet oder suggeriert, die Fluchtzahlen nach

Schließung der innerdeutschen Grenze im Sommer 1952 *massiv* angestiegen seien. Zu solchen Aussagen kann man nur kommen, wenn man entweder nur die nun ansteigenden Fluchtzahlen über Berlin berücksichtigt, nicht aber den gleichzeitigen Rückgang der Flucht über den jetzt risikoreicheren Weg über die innerdeutsche Grenze,<sup>7</sup> oder aber sich, wie etwa Harrison, gezielt einen Monat mit extrem niedriger Fluchtzahl (April 1952 mit 9307) als Ausgangswert wählt und so einen „sprunghaften Anstieg“ bis zum Januar 1953 (22.396) konstruiert. Hätte sie den Vormonat März (18.420) als Ausgangswert gewählt, wäre der Anstieg weit weniger „sprunghaft“ erschienen.<sup>8</sup> Tatsächlich gab es nach zeitgenössischen westdeutschen Zahlen 1952 einen leichten Zuwachs gegenüber 1951, nach ostdeutschen Zahlen sogar einen leichten Rückgang.<sup>9</sup> Einen massiven Anstieg der Fluchtzahlen gab es erst seit Januar 1953 – als Folge der Terrorwelle seit dem Herbst, nicht aber der Grenzschließung im Juni 1952. Im März 1953 waren es nach DDR-Zahlen über 40.000 Flüchtlinge. Aber auch dies beunruhigte Ulbricht kaum. Er sah zwar die Gefahr eines Imageschadens, da Bonn die Flüchtlingsfrage vor die UNO bringen wollte, aber es gibt keine Indizien

(Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte; Bd. 88); auch (in anderer Übersetzung) <http://www.chronik-der-mauer.de/index.php/de/Chronical/Detail/month/August/year/1961> (Stand 28.1.2012).

- 7 Stefan Kreuzberger: Abschirmungspolitik gegenüber dem westlichen Deutschland im Jahre 1952, in: Die sowjetische Deutschland-Politik in der Ära Adenauer (Röhndorfer Gespräche; Bd. 16) hg. von Gerhard Wettig, Bonn 1997, S. 12-36, hier S. 35.
- 8 Hope M. Harrison: Ulbrichts Mauer. Wie die SED Moskaus Widerstand gegen den Mauerbau brach, Berlin 2011, S. 49.
- 9 Für die westdeutschen Zahlen s. Helge Heidemeyer: Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/1949-1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien; Bd. 100) Düsseldorf 1994, S. 338, für die ostdeutschen s. Melis, "Republikflucht", S. 255. Für den zuweilen problematischen Umgang mit den Fluchtzahlen in der Literatur s.a. Kubina, Ulbrichts obskures Objekt der Begierde, S. 64-66.

dafür, dass er die Gefahr eines „Ausblutens“ der DDR sah, ja damals überhaupt schon in solchen Kategorien gedacht hätte.<sup>10</sup> Die Flucht seiner Bürger interessierte ihn noch wenige Tage vor dem ihn völlig überraschenden Aufstand vom 17. Juni 1953 überhaupt nicht. Vor dem Parteiaktiv des MfS ließ er sich Ende Mai lang und breit über die Aufgaben des MfS aus. Die „Position der DDR“ müsse innerlich gefestigt und gestärkt werden, „dass die Feinde von selbst auf die Idee kommen, dass es für sie ein großes Risiko ist, wenn sie die von ihnen geplanten Provokationen durchführen werden.“ Alle Maßnahmen müssten so durchgeführt werden, dass die westdeutsche Bevölkerung verstehe, dass „die staatlichen Unterdrückungsmaßnahmen sich richten gegen Kriegshetzer, gegen Kriegstreiber, gegen Feinde des Volkes, die gegen die Interessen der deutschen Nation und der werktätigen Bevölkerung handeln.“ Ulbricht geht während dieser Versammlung sehr konkret auf die Arbeit des MfS ein und benennt dessen wichtigste aktuelle Aufgaben. Das Thema „Republikflucht“ wird von ihm weder explizit noch implizit angeschnitten, und das obwohl in den vergangenen fünf Monaten pro Tag im Schnitt über 1.000 Menschen seinem Sozialismus-Experiment den Rücken gekehrt hatten, bereits soviel wie sonst in einem ganzen Jahr. Sein Thema sind die „Feinde“, die „Agenten“. Für sie sei „in der DDR kein Platz“ mehr, sie seien „zu verjagen“. Er spricht davon, dass es nach dem Beschluss der 2. Parteikonferenz, die Grundlagen des Sozialismus in der DDR aufzubauen, „die Aufgabe ist, die feindlichen Kräfte zu vernichten“, „dass wir eine riesige Erziehungsarbeit leisten müssen in Bezug auf die Wachsamkeit“. Es sei „zweifellos ein Verdienst der Organe der Staatsicherheit und gemeinsam mit der Partei, dass es gelungen ist, einen großen Teil dieser Agenten ausfindig zu machen und ihnen die Möglichkeit zu geben, sich in einigen Zuchthäusern auf den Tag X vorzubereiten.“ Ulbricht führt anhand zahlreicher konkreter Beispiele aus, wie viel auf diesem Gebiet noch zu leisten sei, wobei von ihm immer wieder die Aufmerksamkeit auf die „Verbindungen nach Westberlin“ gelenkt wird. Diese müssten aufgedeckt werden, denn hier sieht er die Basis aller „Sabotage“ und „Diversion“ gegen die DDR. Die Abschottung gegen Westdeutschland und gegenüber West-Berlin gilt, das wird mehr als deutlich in diesem Referat Ulbrichts, der Minimierung feindlicher Möglichkeiten der Einflussnahme. Die Republikflucht interessiert ihn nicht und ihre Verhinderung wird von ihm auch nicht als Aufgabe des MfS benannt. Die Veranstaltung mit Ulbricht und seinen führenden Tschekisten dürfte mindestens drei Stunden gedauert haben, aber die Situation an der Sektorengrenze, rund 5 Kilometer Luftweg



Abb. 3: Ost-Berlin: Sabotage aus dem Westen

10 Kubina, Ulbrichts obskures Objekt der Begierde, S. 57 ff.



vom MfS-„Klub Orankesee“ entfernt, spielte keinerlei Rolle.<sup>11</sup>

Und so ist es auch mehr als unwahrscheinlich – wie ebenfalls in der einschlägigen Literatur behauptet – Ulbricht habe mit seinen Plänen zur besseren Kontrolle der Grenze um West-Berlin bereits damals das Ziel verfolgt, die Flucht seiner Bürger zu stoppen.<sup>12</sup> Sieht man sich die wenigen Dokumente genauer an, die als Beleg für diese These gelten, wird schnell deutlich, dass sie die Aussage, Ulbricht habe damit die Flucht seiner Bürger unterbinden wollen, höchstens dann stützen können, wenn man ihren konkreten Kontext völlig ausblendet. Es ging Ulbricht auch hierbei, also bei den von ihm geforderten Sicherungsmaßnahmen an den Berliner Grenzen, um die Abwehr all dessen, was für ihn Schwarzhandel, Schmuggel, Sabotage war, kurz: um die Begrenzung des Einflusses des „Klassenfeindes“ auf sein Sozialismusprojekt. Denn hierin sah er die Wurzel fast all seiner Probleme. In der bisherigen Literatur wird m.E. zweierlei übersehen, wenn Ulbrichts Pläne als Fluchtverhinderungspläne interpretiert werden: Zum einen der soeben kurz skizzierte Kontext dieser Dokumente, also

der Umstand, dass die Flucht von der SED-Führung überhaupt noch nicht als bedrohliches Problem wahrgenommen wurde. Stattdessen werden diese Dokumente einfach aus der Sicht von 1961 interpretiert und unterstellt, die Lage sei Anfang der 50er Jahre bereits genauso gewesen bzw. genauso von Ulbricht und der SED-Führung wahrgenommen worden, wie ein knappes Jahrzehnt später. Zum anderen wird der konkrete Inhalt dieser Dokumente nicht ernst genommen. Die in den Dokumenten erwähnten Absperrmaßnahmen sind nämlich, wenn man genau liest, vor allem gegen West-Berlin, weniger gegen Ost-Berliner oder Bewohner der DDR gerichtet.



Abb. 4 Ost-Berlin: „Ring um Berlin“ gegen Schmuggel, Spionage und Sabotage

Es ist in diesen Dokumenten mehrmals davon die Rede, dass die Bewegungsfreiheit von West- nach Ost-Berlin und die in die DDR eingeschränkt werden soll, von Einschränkungen in umgekehrter Richtung aber nicht.<sup>13</sup> Dieser Umstand wird in der Literatur entweder ignoriert oder einfach so

- 
- 11 Protokoll des Referats des Gen. Walter Ulbricht anlässlich der Parteiaktivtagung am 28. Mai 1953 im Klub Orankesee, BStU MfS SdM 1199, S. 232-273.
  - 12 So etwa Creuzberger, Harrison, Kramer, Ostermann, Uhl, Wagner und Wettig. Für die Belege s. Kubina, Ulbrichts obskures Objekt der Begierde, S. 29-39.
  - 13 Das „Schlüsseldokument“ ist: An den Vorsitzenden der SKK in Deutschland, Armeegeneral Gen. Tschuikow, 28.2.1952, Ulbricht. Adressat und Absender befinden sich nur auf der in 2 Exemplaren angefertigten russischen Übersetzung, beim deutschen Original fehlen sie. Die von Creuzberger zitierte Akte aus dem Büro Ulbricht (SAPMO-Barch DY 30/J IV 2/202/65) wurde inzwischen umsigniert und findet sich jetzt in SAPMO-Barch DY 30/3682, Bl. 2-4 (dt.) und 5-7 (russ.). Zum Inhalt s. Kubina, Ulbrichts obskures Objekt der Begierde, S. 48-51.

umgewertet, dass eine Kontrolle des West-Ost-Verkehrs „natürlich“ auch eine Kontrolle in umgekehrte Richtung – also der Flucht – ermöglicht hätte. Das mag so sein, nur war Fluchtverhinderung eben, wie Quellen *und* Kontext eindeutig zeigen, nicht der vorrangige Zweck der von Ulbricht damals angestrebten Kontrollmaßnahmen. Warum hätte Ulbricht in streng geheimen, für Moskau bestimmten Papieren sein eigentliches Motiv verschweigen sollen? Er wollte Moskau doch von der Notwendigkeit der von ihm vorgeschlagenen Maßnahmen überzeugen. Moskau aber war, wie dieselben Autoren, die Ulbricht Fluchtverhinderung als Motiv unterstellen, zu Recht betonen, schon von der Massenflucht beunruhigt, als Ulbricht und die SED-Führung das Problem noch ignorierten bzw. auf die leichte Schulter nahmen. Moskau lehnte, so heißt es in der einschlägigen Literatur, Ulbrichts Wunsch nach Schließung der Sektorengrenze zum Zwecke der Fluchtverhinderung ab. Nicht für erwähnenswert halten die Autoren, dass Ulbrichts Anfrage an die sowjetische Führung gar nicht überliefert bzw. bekannt ist, nur Moskaus Antwort.<sup>14</sup> Derer gab es jedoch gleich zwei, was auch nicht von allen Autoren für erwähnenswert gehalten wird. Anfang Januar gab es eine Mitteilung aus Moskau, dass „keine Einwände“ gegen die vom SED-Politbüro geplanten Maßnahmen zur Stationierung von Posten „entlang der Grenze zwischen Ost- und West-Berlin bestehen, um den unkontrollierten Zugang nach [sic!] Ost-Berlin aus den westlichen Sektoren“ zu beenden. Weitere Einzelheiten zu den von Ulbricht geplanten Maßnahmen enthält diese ZK-Resolution, die nur als Entwurf vorliegt, nicht. Ostermann, der das Dokument auf Englisch veröffentlicht hat, ignoriert in seinem Kommentar einfach die Tatsache, dass in der ZK-Resolution als Zweck der Grenzschießung angegeben wird, den unkontrollierten Zugang von West nach Ost zu beenden und nicht etwa den vom Osten in den Westen.<sup>15</sup>

Einige Wochen später, kurz nach Stalins Tod, gab es wieder eine Antwort Moskaus auf eine, ebenfalls nicht bekannte (möglicherweise noch dieselbe) Anfrage aus Ost-Berlin bezüglich des Regimes an der Sektorengrenze in Berlin. Diesmal lehnte Moskau ab. Die Ost-Berliner Vorschläge seien „unter politischen Gesichtspunkten inakzeptabel und darüber hinaus grob vereinfachend“. Moskaus Vertreter in Ost-Berlin, W.I. Tschuikow und W.S. Semjonow, sollten sich mit Otto Grotewohl und Ulbricht treffen und ihnen dies „in taktvoller Weise“ erklären. Die Gründe, sind in dem Dokument genauestens erläutert. Auch diese Antwort legt nahe, dass die von Ulbricht vorgeschlagenen, im

---

14 S. Kubina, Ulbrichts obskures Objekt der Begierde, S. 67-71. Lediglich in einer in geringer Auflage als Fotokopie verbreiteten Dokumentensammlung findet sich ein Hinweis von Hope Harrison darauf, dass die ostdeutschen Vorschläge gar nicht vorliegen: „Unfortunately, the companion document to this in which the East Germans put forward their specific proposals about tightening up the border between East and West Berlin has not been located.“ Anschließend wird von ihr sofort der Bogen zu 1961 geschlagen und damit suggeriert, es sei unzweifelhaft klar, dass es 1952/53 bereits um das Gleiche gegangen wäre, wie beim Mauerbau. S. Ostermann, *The Post-Stalin Succession Struggle*, Dok. 4. (russ. Original als Faksimile und engl. Übersetzung). Das Dokument nimmt einleitend Bezug auf zwei Dokumente, zu denen es im wissenschaftlichen Apparat in der Buchfassung lediglich heißt „Not printed“; zum Inhalt dieser Dokumente wird vom Herausgeber nichts gesagt. *Draft Instructions to Cdes. Chuikov, Semyonov, 18.3.1953*, in: *Uprising in East Germany. The Cold War, the German Question, and the First Major Upheaval behind the Iron Curtain*, compiled, edited and introduced by Christian F. Ostermann, Budapest, New York 2001, S. 50-51.

15 *Draft. CPSU CC Resolution Approving the Deployment of Border Guards along the Eastern Border of the GDR, 2.1.1953*, in: *Uprising in East Germany*, S. 43.

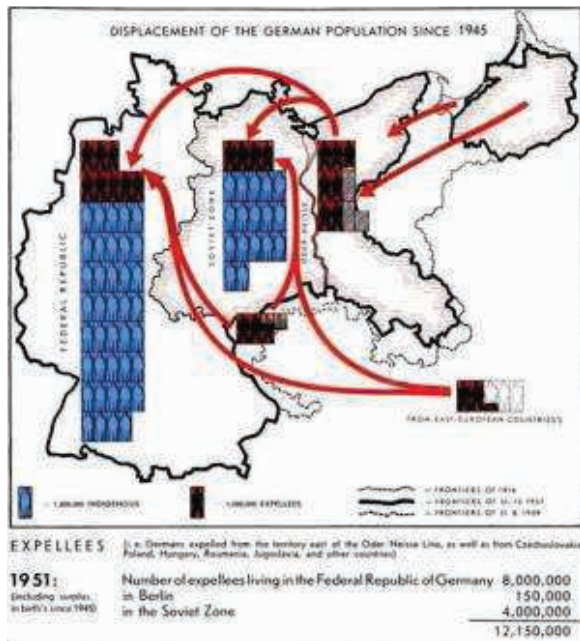


Abb. 5: Bonn: Vertreibung – Das Flüchtlingsproblem in Deutschland

bestehenden Gefahr des „Ausblutens“. Eine solche Vorstellung ist bis mindestens Mitte der 50er Jahre völlig abwegig, denn bis 1950 wurde die SBZ/DDR geradezu von Menschen überflutet. Über vier Millionen Vertriebene kamen in das Gebiet der SBZ/DDR, pro Kopf der Stammbevölkerung mehr als in die drei westlichen Zonen. Sie kamen in ein zerbombtes Land, ohne Wohnraum, ohne Nahrungsmittel, und auch noch lange Zeit für viele ohne Arbeit.<sup>18</sup> Menschen waren zu der Zeit noch kaum Kapital, sondern meist Belastung. 1950 gab es in der DDR noch über 300.000 Arbeitslose, in absoluten Zahlen übrigens genau so viele wie im „Schaufenster des Westens“, West-Berlin.<sup>19</sup> In Westdeutschland lag die Arbeitslosigkeit noch bei zwölf

Einzelnen jedoch nicht bekannten Maßnahmen in erster Linie die West-Berliner und nur „auch“ die Ost-Berliner treffen würden. Von den Auswirkungen auf die Bewohner der DDR, gegen die sich Maßnahmen zur Fluchtverhinderung ja in erster Linie richten würden, ist in dem Dokument überhaupt nicht die Rede.<sup>16</sup>

Warum aber war es der SED-Führung so lange möglich, wie es nach Verhängung des „Neuen Kurses“ im Juni 1953 Rudolf Herrnstadt, Kandidat des Politbüros, ausdrückte – „über die Tatsache der Abwanderung gleichgültig hinwegzugehen“?<sup>17</sup> Zunächst zur angeblich bereits Anfang der 50er

Jahre



Abb. 6: West-Berlin: Flüchtlinge überfluten die Insel Berlin - ein sozialer Notstand.

16 Der „streng geheime“ Entwurf ging am 16.3.1953 von W. Sokolowski und G. Puschkin an Molotow und von diesem am 18.3.1953 an Malenkow, Präsidium des Ministerrats der UdSSR. Proekt ukazaniy tt. Cuikovu, Semenovu (Entwurf für eine Instruktion für die Gen. Tschujkow, Semjonow), in The Post-Stalin Succession Struggle, Dok. 4; englisch auch in Uprising in East Germany, S. 50-51

17 Entwurf einer Entschließung von Rudolf Herrnstadt für die Sitzung des Politbüros am 3.7.1953 in Vorbereitung der 15. Plenums des ZK, in: Otto, Wilfriede: Die SED im Juni 1953. Interne Dokumente (Texte der Rosa-Luxemburg-Stiftung; 10) Berlin 2003, S. 219-231, hier S. 221 f.; vgl. Rudolf Herrnstadt: Das Herrnstadt-Dokument. Das Politbüro der SED und die Geschichte des 17. Juni 1953. Hg., eingeleitet und bearbeitet von Nadja Stulz-Herrnstadt, Reinbek bei Hamburg 1990, S. 119 ff.

18 Michael Schwartz: Vertriebene und "Umsiedlerpolitik": Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegsgesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945 bis 1961 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte; Bd. 61) München 2004; Heike Amos: Die Vertriebenenpolitik der SED 1949 bis 1990 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte; Sondernummer 2009) München 2009, S. 15 f.

19 Erst 1960 war mit 3,7 Prozent fast Vollbeschäftigung erreicht. Walter Krumholz: Berlin-ABC, hg. im Auftrag des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin, Berlin 1965, S. 35-38.



Prozent, bei einem noch sehr löchrigen „sozialen Netz“. Die SED hoffte – vergebens zwar, aber deshalb doch nicht ohne Grund – dass Westdeutschland mit den Flüchtlingen nicht fertig werden würde. Ulbricht erwartete soziale Unruhen im Westen, zumal er außerdem fest damit rechnete, dass Westdeutschland bald in eine der zyklischen Krisen des Kapitalismus geraten würde. Die Versuche, Westdeutschland zu revolutionieren, die schließlich zum Verbot des SED-Ablegers KPD in Westdeutschland führten, waren zwar von Illusionen geprägt, aber deshalb doch nicht weniger ernst gemeint und mit Siegesgewissheit unternommen. Man glaubte fest an die Möglichkeit des Sieges, ja mehr noch, war überzeugt, er sei historisch gesetzmäßig, alternativlos, wie man heute sagen würde.<sup>20</sup>

Dass Ulbricht seine Probleme in der DDR, aber auch in ganz Deutschland, wesentlich als Erziehungsprobleme begriff, wird auch aus dem – wohl von ihm selbst verfassten – Brief des SED-Politbüros vom 2. Juli 1952 an Stalin deutlich. Die SED-Führung sah sich nun als Spitze einer Partei, die „die Arbeiterklasse und die Werktätigen auf dem Wege des Aufbaus des Sozialismus“ vorwärts führen werde: „Durch diese Fragestellung wird der grundsätzliche Kampf in der Sozialdemokratie und in den Gewerkschaften Westberlins und Westdeutschlands entwickelt und die Arbeiterklasse zum Klassenbewusstsein erzogen. Auch die werktätigen Bauern und die Kleinbürger werden zu dem Resultat kommen, dass man bei uns besser leben kann als in Westdeutschland.“<sup>21</sup> Vor dem ZK hatte Ulbricht im Februar gefordert, die DDR müsse „das Vorbild für ganz Deutschland“ werden.<sup>22</sup> Darauf setzte die SED-Führung und auch Moskau. Es kam freilich anders. Aber wer wusste das damals? Wohl selbst diejenigen im Westen nicht, die zu der Zeit in einem Verbot der KPD ihr Heil suchten.

Emigrationsbewegungen der alten Eliten und ihrer Nutznießer nach Revolutionen waren zudem der Normalfall der Geschichte, was natürlich auch der SED-Führung bekannt war.<sup>23</sup> Im geteilten Deutschland fiel die Auswanderungsentscheidung zudem besonders leicht, da die Auswanderung innerhalb des Landes möglich war. Der Terror gegen „Klassenfeinde“ aller Art wurde von der SED bewusst forciert. Sie sollten das Land verlassen. Selbst jemand mit eingeschränkten geistigen Fähigkeiten wie Ulbricht konnte doch nicht ernsthaft annehmen, dass die Schauprozesse und Terrorurteile der SED-Justiz die Zielgruppen dieser Repressionen nur zu Umkehr, Anpassung oder Kapitulation treiben würden. Die Repressionen führten, wie es die SED ausdrückte, vielmehr bewusst zu einer „Verschärfung des Klassenkampfes“, wie sie auch Ergebnis desselben waren.

---

20 Zur „Westarbeit“ der SED s. Michael Klein: Antifaschistische Demokratie und nationaler Befreiungskampf. Die nationale Politik der KPD 1945-1953. Berlin 1986; Heike Amos: Die West-Arbeit der SED 1948/49-1961. "Arbeit nach Westdeutschland" durch die Nationale Front, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und das Ministerium für Staatssicherheit, Berlin 1999.

21 Teurer Genosse Josef Wissarionowitsch Stalin, Brief des SED-Politbüros vom 2.7.1952, zit. nach Dietrich Staritz: Die SED, Stalin und der "Aufbau des Sozialismus" in der DDR. Aus den Akten des Zentralen Parteiarchivs, Deutschland Archiv (24) 7/1991, S. 686-700, hier S. 698 f.

22 Zit. nach ebenda, S. 694.

23 Darauf verwies z.B. Hanna Wolf, Direktorin der Parteihochschule, auf der 33. ZK-Tagung im Oktober 1957 und ertotete Heiterkeit mit ihrer Bemerkung, dass es heute allerdings „kaum noch Platz zum Abhauen gibt“. Aus dem Wortprotokoll der 33. Tagung des Zentralkomitees der SED, o.J. (fotomechanischer Nachdruck, Bonn 1958), S. 67/111.



Zwar wurde ab Herbst 1952, wenn auch noch eher sporadisch und ohne tiefer gehende Sorge, in der Flucht auch die Möglichkeit von Nachteilen für die DDR erkannt, aber weniger, weil es sie gab, als vielmehr, weil man keine Instrumente zu ihrer Steuerung und Kontrolle hatte. Eine im Herbst vom Politbüro eingesetzte Kommission zur Untersuchung der „Republikflucht“ entfaltete keine nennenswerte längerfristige Tätigkeit. Am Tag nach ihrer Einsetzung erließ sie ein Rundschreiben an die Bezirks- und Kreisleitungen der SED, wirksame Maßnahmen gegen die Republikflucht durchzuführen. Hierbei war zunächst einmal eine bessere Zusammenarbeit von Volkspolizei, Staatsicherheit und SED vor Ort und eine Erfassung der Motive für die Republikflucht anvisiert, vor allem aber müssten, wie es in einem Bericht aus dem Bezirk Rostock vom Ende des Jahres 1952 heißt, „abgesehen von denjenigen Elementen, die republikflüchtig werden, weil sie Agenten oder Handlanger des anglo-amerikanischen Imperialismus sind und aus Angst vor Strafe“ die DDR verlassen, „alle anderen Personen, wo bekannt wird, dass sie die DDR verlassen wollen, durch Überzeugung [sic!] für unsere Sache gewonnen werden.“<sup>24</sup> „Agent“ oder „Handlanger des anglo-amerikanischen Imperialismus“ war man damals schnell. Ja konnte die Fluchtabsicht nicht bereits als Indiz dafür gewertet werden, das erst einmal entkräftet werden müsste, bevor diese Personen den „anderen Personen“ zugerechnet werden konnten?

Die immer noch nur leichte Sorge bezog sich ohnehin noch lange und primär auf die Abwanderung der Intelligenz. Insgesamt war die Abwanderung aus Sicht der SED aber ohnehin nur ein Übergangsproblem, da der Sozialismus als nicht nur grundsätzlich, sondern auch konkret wirtschaftlich dem Kapitalismus überlegen galt. Ulbricht sah in Westdeutschland jenen Kapitalismus, den er seit seiner

Jugend kennen gelernt hatte: Einen Kapitalismus des Massenelends, der Arbeitslosigkeit, der Krisen und der Kriege um Rohstoffe und Absatzmärkte. Es war für ihn nur noch eine

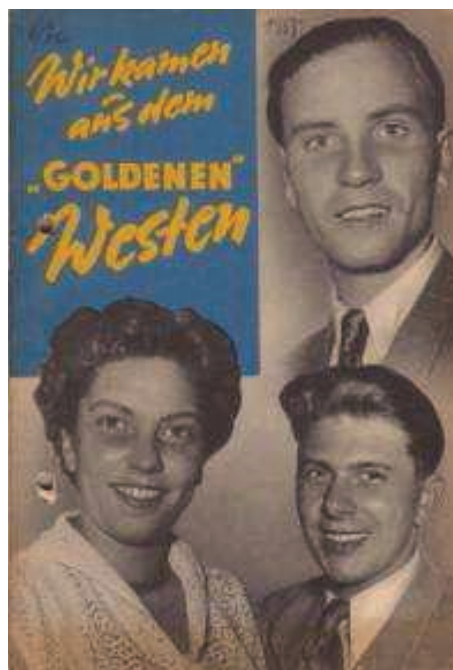


Abb. 7: Ost-Berlin: Wir kamen aus dem „goldenen“ Westen – Umkehr der Wanderungsbewegung



Abb. 8: Ost-Berlin: Wir wissen was morgen geschieht

24 Bericht über die Republikflucht im Bezirk Rostock von Ende 1952, o.D., o.V., zit. nach Melis, „Republikflucht“, S. 161.

Frage der Zeit – und zwar der unmittelbaren Zukunft – bis der Imperialismus wieder sein wahres Gesicht zeigen und es in Westdeutschland zu sozialen Unruhen kommen würde, während in seinem DDR-Sozialismus Wohlstand und soziale Gerechtigkeit gedeihen würden.

Wer hätte dann noch dem Sozialismus den Rücken kehren sollen? Vielmehr war doch zu erwarten, dass die Fluchtwelle sich umkehren würde. Eine solche Sicht erscheint uns heute realitätsblind, ja geradezu absurd, aber es war die Sicht der SED-Führer, ob sie nun Ulbricht, Pieck, Herrstadt, Zaisser oder später Schirdewan und Wollweber hießen. Und es war die Sicht Moskaus.<sup>25</sup> Nun, die Historiker wissen, es kam anders, aber sie sollten dieses Wissen nicht auch schon der damaligen SED-Führung unterstellen. Ulbricht und Genossen hatten keine hellseherischen Fähigkeiten, nur ihre wissenschaftliche Weltanschauung, die ihnen vorgaukelte, sie wüssten, „was morgen geschieht“. Morgen, so wagten sie noch 1958 zu hoffen, würde die DDR Westdeutschland wirtschaftlich überholt haben, 1961, würde in der DDR das „wahre Wirtschaftswunder“ zu besichtigen sein.<sup>26</sup> Und spätestens nach dem Sputnik-Schock von 1957 war sich auch im Westen längst nicht mehr jeder des zwangsläufigen Zusammenbruchs des Kommunismus so sicher, wie er nach außen vorgab.<sup>27</sup> Eine der ersten Propagandabroschüren zur Rechtfertigung des Mauerbaus zeigt auf der Titelseite eine abendliche Strasse mit moderner Lichtreklame in Berlin (wahrscheinlich den Bahnhof Friedrichstrasse). Wie zufällig, „läuft“ gerade der Name Juri Gagarin über ein Lichtband, erster Mensch im Weltall und Sowjetbürger. Die Zukunft gehört dem Sozialismus, war die Botschaft.<sup>28</sup>

Doch die Arbeitslosenzahlen in Westdeutschland gingen Ende der 50er Jahre auf einen historischen Tiefstand um die ein Prozent zurück und sie blieben auf diesem Niveau mehr oder weniger bis zum Anfang der 70er Jahre.<sup>29</sup> Solch niedrige Werte wie Ende der 50er und in den 60er Jahren hat es vorher in Deutschland – vom Kaiserreich bis zum 2. Weltkrieg – nicht gegeben, und sie stellten sich auch danach trotz aller Konjunkturprogramme mit geborgtem Geld nicht mehr ein. Aber 1961



Abb. 9: Ost-Berlin: Juri Gagarin – Ein Sowjetbürger als erster Mensch im Kosmos

- 
- 25 Diese Frage wird intensiver untersucht in meinem im Jahr 2012 erscheinenden Buch „Die SED und ihre Mauer. Psychogramm einer Parteiführung“ (Arbeitstitel).
- 26 Wir wissen was morgen geschieht, Zentraler Wahlausschuss beim Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland (Hg.), Berlin o.J. (1958).
- 27 Für die vielfältigen Folgen des erfolgreichen Starts des ersten künstlichen Erdtrabanten, der die SED-Führung dazu animierte, den DDR-Volkswagen „Trabant“ zu nennen vgl. Igor J. Poljanski, und Matthias Schwartz (Hg.): Die Spur des Sputnik. Kulturhistorische Expeditionen ins kosmische Zeitalter, Frankfurt/M., New York 2009.
- 28 Die Wahrheit über Berlin, Ausschuss für Deutsche Einheit (Hg.), o.O. (Berlin) o.J. (Ende 1961).
- 29 Helge Heidemeyer: Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/1949 – 1961: Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer, Düsseldorf 1994, S. 68 f.

herrschte akuter Arbeitskräftemangel. Das war eine Situation, die Ulbricht nicht vorhergesehen hatte, eine Situation, in der er sein Volk einsperren musste, wollten er und sein Sozialismus nicht Selbstmord begehen. Doch das war die Lage und deren Wahrnehmung durch die SED-Führung Anfang der 60er, aber noch nicht in den 50er Jahren.

Nun stand die Mauer, aber die Dinge entwickelten sich immer noch nicht nach Plan, liefen nicht nach den marxistisch-leninistischen Lehrsätzen. Die SED-Führer richteten sich aber hinter der Notlösung auf Dauer ein – ein menschlich nicht ungewöhnliches Verhalten, nicht zuletzt bei Politikern. Der Umstand, dass sich ihre Sicherungsmaßnahmen einst tatsächlich gegen Schmuggel, Schwarzhandel, „Sabotage“ etc. gerichtet hatten und die Schließung der innerdeutschen Grenze 1952 eine sowjetische Entscheidung im Rahmen ihres Verteidigungskonzeptes war, hat ihnen ihre Lebenslüge vom „antifaschistischen Schutzwall“ etwas leichter gemacht. Horst Sindermann, der Erfinder dieses Propagandaschlagwortes, rechtfertigte die Bezeichnung noch 1990 damit, die Mauer habe schließlich die „antifaschistisch-demokratische Ordnung“ in der DDR geschützt.<sup>30</sup>

Hier ist nicht der Raum, dies alles im Detail auszuführen. Aber es ist nicht ganz unerheblich für die Frage, was die Mauer für die SED war und wie sie sie selbst wahrgenommen hat, ob Ulbricht von Anfang an davon getrieben war, die Flucht seiner Bürger mit einer „Mauer“ zu verhindern, ob er sich seinen Sozialismus von Anfang an nur mit einem eingemauertem Volk vorstellen konnte, oder ob nicht vielmehr der Mauerbau für ihn eine aus akuter Not geborene Übergangslösung für die konkrete Lage am Anfang der 60er Jahre war, als sich ein Scheitern von Chruschtschows Berlin-Ultimatum und seines Wirtschaftsplanes abzeichnete.

Doch dagegen spricht, dass Ulbricht nach Meinung vor allem von Harrison „acht Jahre“ oder sogar „mindestens acht Jahre“ lang „gedrängt und gedrängt“ habe, „dieses Tor in [sic!] den Westen [zu] schließen.“<sup>31</sup> Ihre Forschungsergebnisse hätten gezeigt, so betont Harrison in ihren zahlreichen Aufsätzen und Interviews zum Thema „Ulbrichts Mauer“ wie auch in ihrem gleichnamigen Buch, „dass Walter Ulbricht die Sowjets von 1953 bis zum Spätsommer 1961 immer wieder gedrängt hat, ihm endlich die Schließung der Grenze in Berlin zu erlauben.“ Nach Schließung der innerdeutschen Grenze 1952 sei nur noch Berlin als „Schlupfloch“ in den Westen geblieben: „Ulbricht gefiel das nicht und er hatte das dringende Verlangen, dieses ‚Schlupfloch‘ zu schließen, um so die Menschen daran zu hindern, das Land zu verlassen oder auch nur das erfolgreiche westliche System zu sehen.“<sup>32</sup> Harrisons Auffassung hat nicht nur mittels ihrer zahllosen Interviews weite Verbreitung gefunden,

---

30 "Wir sind keine Helden gewesen". Der frühere Volkskammer-Präsident Horst Sindermann über Macht und Ende der SED, in: Der Spiegel, H. 19, 7.5.1990, S. 53-66, hier S. 60.

31 "Ulbricht drängte auf die Mauer" – Interview und Fotos zum Jahrestag des "antifaschistischen Schutzwall" von Michael Weiser, s. <http://www.kultur-vollzug.de/article-14288/2011/08/12/ulbricht-drangte-auf-die-mauer-interview-und-fotos-zum-jahrestag-des-antifaschistischen-schutzwall/> (Stand: 28.1.2012).

32 Hope M. Harrison: Wie kam es zum Mauerbau? In: Tagung. Mauer und Grenze – Denkmal und Gedenken. Dokumentation der Tagung des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz vom 10.-12. Mai 2009 in Berlin (Schriftenreihe des Deutschen Komitees für Denkmalschutz, Bd. 76/2.) Bonn 2009, S. 65-70, hier S. 66.

sondern auch dank des Umstandes, dass ihr Buch inzwischen auch von der Bundeszentrale für politische Bildung sehr kostengünstig vertrieben wird. Doch wie sieht es mit den Belegen für ihre These aus? Dazu ist nicht nur ihr flüssig geschriebenes Buch zu lesen, sondern auch ab und zu in den Anmerkungsapparat zu schauen. Dafür, dass Ulbricht seit Anfang der 50er Jahre die Sektorengrenze zur Fluchtverhinderung (!) habe schließen wollen, führt sie die wenigen Dokumente von 1952/53 an, auf deren Problematik hier eingangs näher eingegangen wurde und die, berücksichtigt man Inhalt und Kontext, den angeblichen Zweck der Grenzsicherung als Fluchtverhinderung, wie gezeigt wurde, eben gerade nicht belegen können. Danach sucht man für die kommenden Jahre vergeblich nach belastbaren Belegen für ihre These, über „acht Jahre“ habe Ulbricht Moskau „gedrängt und gedrängt“, die Grenze nach West-Berlin zu schließen, um die Flucht seiner Bürger stoppen zu können. Sie selbst schreibt - zu Recht - unter Bezugnahme auf die Verschärfung des Passgesetzes Ende 1957, womit erstmals die „Republikflucht“ nach Westdeutschland als solche unter Strafe gestellt wurde, und die damit bald einhergehende deutliche Reduzierung der Genehmigungen für Reisen nach Westdeutschland, dass die Fluchtzahlen anschließend erheblich zurückgegangen seien, während aber nun der Anteil derer, die über West-Berlin flohen, deutlich zugenommen habe, auf bis zu 90 Prozent angestiegen sei.<sup>33</sup> Hieran sind doch zweierlei Dinge interessant: Erstens die Feststellung, dass bis zu den genannten administrativen Maßnahmen 1957/58 die Fluchtzahlen deutlich höher waren als in den Jahren danach, und zwar bis einschließlich Juni 1961.<sup>34</sup> Und zweitens ist doch die Tatsache bemerkenswert, dass offenbar erst jetzt West-Berlin zum „letzten Schlupfloch“ wurde, da bis dahin die Flucht weiter in beträchtlichem Ausmaß über die innerdeutsche Grenze lief und vor allem auch legale Westreisen zur Flucht genutzt wurden. Wenn dem aber so war, und es war so,<sup>35</sup> warum hätte Ulbricht dann die zurückliegenden Jahre penetrant („*driving the Soviets up the wall*“ – die Sowjets bis zum die Wände hoch gehen nerven)<sup>36</sup> auf die Schließung dieses „letzten Schlupfloches“ drängen sollen, das noch gar nicht das „letzte“ war, schlicht schon allein deshalb, weil Ulbricht seine Bürger noch Jahr für Jahr zu Zigtausenden legal in den Westen reisen ließ? Bis in die zweite Hälfte des Jahres 1957 erfolgte ein Großteil der Fluchten noch über die innerdeutsche Grenze oder eben anlässlich legaler Reisen in den Westen. Und warum richtet sich der Flüchtlingsstrom ab 1957, und noch mehr ab 1958 vor allem auf Berlin? Nicht zuletzt weil die Zahl der Flüchtlinge, die im sog. Bundesnotaufnahmeverfahren abgelehnt wurden, in diesen Jahren drastisch zurückging. Die Aufnahme im Bundesnotaufnahmeverfahren war zwar nicht zwingend, um im Westen bleiben zu können, hatte für den Flüchtling jedoch gewisse soziale Sonderleistungen zur Folge. Für einen Flüchtling in West-Berlin war eine Nichtaufnahme aber folgenreicher: Nicht „aufgenommene“

---

33 Harrison, Ulbrichts Mauer, S. 167f.

34 Einen signifikanten Anstieg der Fluchtzahlen im Jahr 1961 gibt es erst ab Juli. In den Monaten davor lagen sie nur wenig über denen des Vorjahres, im Mai sogar deutlich darunter. Nach DDR-Zahlen sind im ersten Halbjahr 1961 ca. 13.000 Menschen mehr in den Westen gegangen, als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, s. Melis, „Republikflucht“, S. 225.

35 S. Major, Behind the Wall, S. 101ff.

36 So das Wortspiel mit dem englischen Wort für Mauer im Titel der Originalausgabe: *Driving the Soviets up the Wall. Soviet – East German Relations, 1953-1961*, Princeton and Oxford 2003.



Flüchtlinge wurden i.d.R. nicht nach Westdeutschland ausgeflogen, mussten also in West-Berlin bleiben und sehen, wie sie dort zurechtkamen – bei einem offiziellen Arbeitsverbot für „Abgelehnte“, immer noch deutlich höherer Arbeitslosigkeit als in Westdeutschland und akutem Wohnraummangel. Viele waren gezwungen, in Lagern zu leben.<sup>37</sup> Ab 1958, wohl nicht rein zufällig in deutlicher Parallele zum massiven Arbeitskräftemangel in Westdeutschland, lag die Ablehnungsquote im Notaufnahmeverfahren nur noch bei etwa einem Prozent und ein Arbeitsverbot für Abgelehnte bestand faktisch auch in Berlin nicht mehr.<sup>38</sup>

Direkt anschließend an ihre Bemerkungen zum neuen Passgesetz von Ende 1957 springt Harrison zum Siebenjahr-Plan vom Sommer 1958. Die „ostdeutsche Führung hatte gehofft“, so schreibt sie, „die Beschlüsse des V. Parteitages der SED im Juli 1958, die eine Stärkung der Wirtschaft und größere Anstrengungen beim Abschluss des ‚Aufbaus des Sozialismus in der DDR‘ vorsahen, würden den Flüchtlingsstrom verringern.“<sup>39</sup> Warum aber sollte Ulbricht dann zeitgleich und noch dazu angeblich geradezu penetrant auf eine Mauer in Berlin zur Fluchtverhinderung drängen, wenn



Abb. 10: Ost-Berlin: Das „wahre Wirtschaftswunder“ 1961 in der DDR

er doch gehofft hatte, mit den zu erwartenden Erfolgen des Siebenjahr-planes würde sich auch der „Flüchtlingsstrom verringern“? Diesen logischen Widerspruch hebt Harrison, wie so manches Mal, wenn Quellen und Kontext nicht so recht ihre These stützen wollen, mit dem Hinweis auf Evidenz auf: „Es versteht sich von selbst, dass dieses Ziel [Westdeutschland bis 1961 wirtschaftlich zu überholen;

M.K.] leichter zu erreichen war, wenn die ständige Dezimierung des Arbeitskräftereservoirs durch Flucht in den Westen beendet werden könnte.“<sup>40</sup> Versteht es sich wirklich von selbst, dass Ulbricht in dem Moment, wo er mit seinem neuen Wirtschaftsprogramm Anlauf zum Überholen Westdeutschlands innerhalb von drei Jahren nahm und zugleich die Fluchtzahlen tatsächlich und bei offener Grenze in Berlin weiter zurückgingen, darauf gedrängt haben soll, seine Bürger einzumauern, wo er doch auch nach Harrisons Meinung mit dem Wirtschaftsprogramm die Hoffnung verbunden hatte, der Flüchtlingsstrom werde sich verringern? Von 363.881 „Republikflüchtigen“ im Jahr 1956, auf 351.668 im folgenden, 215.530 im Jahr 1958 und 144.225 im letzten Jahr des Jahrzehnts – ist das wirklich eine Entwicklung, in der es sich „von selbst versteht“, dass Ulbricht auf

37 Charlotte Oestereich: Die Situation in den Flüchtlingseinrichtungen für DDR-Zuwanderer in den 1950er und 1960 Jahren. „Die aus der Mau-Mau-Siedlung“, Hamburg 2008, S. 131ff.

38 1955 hatte die Ablehnungsquote noch bei 17,5 Prozent gelegen, 1956 lag sie bei 12 Prozent und 1957 bei 3,8 Prozent. S. Heidemeyer, Flucht und Zuwanderung, S. 45.

39 Harrison, Ulbrichts Mauer, S. 168 f.

40 Harrison, Ulbrichts Mauer, S. 164.

ein Schließen des „Schlupfloches“ in (!) den Westen gedrängt hat? Nun hätte er natürlich trotz deutlicher zurückgehender Fluchtzahlen auf die Schließung der Grenze in Berlin zwecks Fluchtverhinderung drängen können, da es sich vielleicht für ihn tatsächlich „von selbst verstand“, dass das anvisierte Überholen Westdeutschlands bis 1961 ohne Abwanderung leichter zu erreichen war, aber es fehlen schlicht die Belege dafür, dass es Ulbricht bei seinem seit 1952 nachweisbaren Bestreben, die Grenze um West-Berlin einer besseren Kontrolle zu unterziehen, auch schon primär oder überhaupt um die Fluchtverhinderungen gegangen wäre. Warum haben wir solche Belege ab Herbst 1960? Warum sprechen die Quellen ab 1960 eine deutliche Sprache, aber vorher nicht? Weil inzwischen Illusionen geplatzt waren, die Illusion, Westdeutschland in absehbarer Zeit zu überholen, und die Illusion, Chruschtschow wäre bereit und in der Lage, die Westmächte aus West-Berlin zu vertreiben und die Kontrolle der Zugangswege vollständig der DDR zu übertragen. Doch dass Ulbricht Anfang der 60er Jahre die Grenze nicht zuletzt zwecks Fluchtverhinderung schließen wollte und Chruschtschow massiv drängte, ist nicht neu, seit 1961 außerhalb kommunistischer Hagiographie in der Geschichtsschreibung vollkommen unstrittig. Für die Jahre davor bleibt Harrison die Belege dafür schuldig, dass, wie sie immer wieder, insbesondere in zusammenfassenden Passagen ihres Buches und in ihren Interviews einfließt, Ulbricht permanent auf Schließung der Grenze in Berlin gedrängt habe, um auf diese Weise die Flucht seiner Bürger zu verhindern. An keinem dieser eingeflochtenen Sätze findet sich eine Fußnote mit einem Beleg. Es versteht sich für sie schlicht „von selbst“, ist evident, dass der Zweck der angestrebten Grenzschießung darin bestand. Doch evident ist auch, dass sich die Sonne um die Erde dreht.

Der Weg zur Mauer war weniger einer der sukzessiven und zielgerichteten Einmauerung der DDR-Bewohner mit dem Zweck der Fluchtverhinderung, sondern viel eher einer des Abschieds von Illusionen. Mit dem Mauerbau erkannten die Kommunisten politische Realitäten an, die sie nicht so ohne weiteres zu ändern in der Lage waren: die Besatzungsrechte der Westmächte in der Hauptstadt des Deutschen Reiches und die wirtschaftliche Kraft Westdeutschlands. Sie erwarteten, dass auch der Westen Realitäten anerkannte, die er nicht so ohne weiteres ändern konnte: „die DDR“ – wie Ulbricht es ausdrückte – „eine sehr reale Macht“.



Abb. 11: Ost-Berlin: Die DDR - „eine sehr reale Macht“

## Abbildungsverzeichnis

Abb. 1:

So oder So? o.A. o.Hg. (Büro des Präsidiums des Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland) o.O. (Berlin) o.J. (1952).

Abb. 2:

Wer auf diesen Sender hört, fällt immer selbst hinein, Hg.: Büro des Präsidiums des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Berlin) o.J. (1952).

Abb. 3:

Hände weg von unserer Republik, Hg.: Büro des Präsidiums der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, o.O. (Berlin) o.J. (1955).

Abb. 4:

10 Jahre Deutsche Grenzpolizei. Hg. von der Hauptverwaltung Deutsche Grenzpolizei, Hauptabteilung für Politische Arbeit, Berlin 1956.

Abb. 5:

Some Facts about Expellees in Germany 1952, published by Federal Ministry for Expellees, Bonn 1952.

Abb. 6:

Flüchtlinge überfluten die Insel Berlin. Denkschrift des Senats von Berlin, o.O. (Berlin) o.J. (1953.)

Abb. 7:

Wir kamen aus dem "goldenen Westen". Jugendliche, die in die Deutsche Demokratische Republik kamen, berichten vor der Weltpresse, Hg.: Ausschuss für deutsche Einheit, Berlin o.J. (1955).

Abb. 8:

Wir wissen was morgen geschieht, Hg.: Zentraler Wahlausschuss beim Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Berlin o.J. (1958).

Abb. 9:

Die Wahrheit über Berlin, Hg.: Ausschuss für Deutsche Einheit, Berlin o.J. (Ende 1961).

Abb. 10:

Wir wissen was morgen geschieht, Hg.: Zentraler Wahlausschuss beim Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Berlin o.J. (1958).

Abb. 11:

Denken ist die erste Bürgerpflicht. Fernsehrede des Genossen Walter Ulbricht vom 15. September 1961, o.O. (Berlin) o.J. (1961).